Ausschuß für Schule und Weiterbildung
10. Sitzung

22.11.1986
ig-ro

MR Hagemann (FM) antwortet, die Vorschrift, die Beförderungsstellen der Besoldungsgruppe A 15 für Studiendirektoren nach dem Ist und alle übrigen Beförderungsstellen nach dem Soll zu berechnen, sei im Bundesbesoldungsgesetz festgelegt. Im übrigen würden auf alle Einzelpläne die gleichen Kriterien angewandt.

Der Rückgang der Zahl der A-15-Stellen im Einzelplan 05 sei nicht so stark von der Entwicklung in anderen Ressorts abweichend, wenn man bedenke, daß die Zahl der kw-Stellen im Einzelplan 05 wesentlich größer sei als in anderen Einzelplänen.

Abg. Reul (CDU) erhält auf seine Frage, ob auch in den anderen Ressorts Beförderungsstellen, die im Haushalt 1985 ausgewiesen gewesen seien, nicht zugewiesen worden seien wie im Kultusbereich, wo auf diese Weise 2 100 Beförderungen unmöglich gemacht worden seien, von MR Hagemann (FM) die Antwort, jede Verwaltung sei angewiesen, im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung durch vorausschauende Planung sicherzustellen, daß erkennbare kw- und ku-Stellungen auch verwirklicht werden könnten.

Abg. Reul (CDU) bittet um schriftliche Beantwortung der Frage, ob das auch tatsächlich geschehen sei und ob in den anderen Ressorts genauso verfahren werde wie im Kultusbereich, und zwar detailliert nach Ressorts. Es gebe überhaupt keinen Grund, warum der pädagogische Bereich im Landeshaushalt schlechter behandelt werden solle als andere Bereiche.

Da MR Hagemann (FM) erneut erklärt, er gehe davon aus, daß jede Verwaltung die Grundsätze der Landeshaushaltsordnung erfülle, erklärt Abg. Dr. Dammeyer (SPD), ihn würde interessieren, ob Ausnahmen genehmigt würden. Ihn würde auch interessieren, in welchem Umfang andere Ressorts vorhandene Beförderungsstellen nicht zugewiesen hätten und in welchem Umfang sie dort tatsächlich nicht besetzt worden seien.

Ferner würde ihn interessieren, ob die Landesregierung beabsichtige, auch für alle anderen Bereiche ein Unterschreiten der Höchstgrenze zu betreiben, oder welche Differenzierungen da vorgesehen seien.

Abg. Reul (CDU) erbittet die die übrigen Ressorts betreffenden Angaben nicht nur für ein Jahr, sondern über einen längeren Zeitraum. Es gehe ihm um den faktischen Beitrag, den dieses Ressort zu den allgemeinen Einsparungen leiste.

Auf die Frage des MR Hagemann (FM), ob ihm eine Zusammenstellung der Angaben aus den Allgemeinen Vorberichten zu den einzelnen

Haushaltsplänen ausreichen würde, antwortet Abg. Reul (CDU), ihn interessiere gerade die Soll-Ist-Problematik. Er wolle erfahren, welchen faktischen Beitrag dieses Ressort zu den allgemeinen Einsparungen geleistet habe; dazu brauche er die tatsächlichen Zahlen.

MR Hagemann (FM) will die Fragen dem Finanzminister vortragen, um deren Beantwortung gebeten werde. Die Antwort werde einen großen Arbeitsaufwand erfordern.

Da Abg. Reul (CDU) fragt, welche Einsparung durch die Nichtzuweisungen erzielt worden sei, verweist MR Hagemann (FM) erneut auf den Allgemeinen Vorbericht zum Haushaltsplan 1986. - Daraus sei ein Plus für alle anderen Ressorts zu errechnen, erklärt Abg. Dr. Dammeyer (SPD).

Der Vorsitzende faßt zusammen, daß diese Fragen nicht abschließend geklärt seien und eine ausführliche Beantwortung gewünscht werde. Es sei die Pflicht des Ausschusses für Schule und Weiterbildung, darauf zu achten, daß die Sparpolitik nicht ständig über den Bildungsbereich ablaufe. - Diese Bemerkung findet ebenso den Beifall der Abgeordneten wie die frühere des Abg. Reul (CDU), daß der pädagogische Bereich nicht schlechter behandelt werden dürfe als andere Bereiche.

Abg. Reul (CDU) meint, unabhängig von der schriftlichen Antwort sollte der Ausschuß diese Fragen weiter im Auge behalten. Durch die Nachfragen sei deutlich geworden, wieviel in der Vergangenheit bereits durch den Verzicht auf Beförderungen im Kultusbereich eingespart worden sei. Ehe man sich zu weiteren Absenkungen bereit erkläre, sollte man in Anrechnung bringen, was in der Vergangenheit bereits eingespart worden sei, ohne daß Gegenleistungen in Form neuer Lehrerstellen erreicht worden seien.

Abg. Brodowski (SPD) erklärt zu der Angabe über die Einsparungen, die sich durch Senkung der Beförderungsschlüssel ergeben würden (Seite 58 der Anlage), wenn diese Einsparungen in Lehrstellen umgesetzt werden könnten, wäre er dafür, daß der Ausschuß einen solchen Beschluß fasse oder zumindest für die abschließende Beratung empfehle.

Zu den Angaben über den Mehrbedarf im Ersatzschulbereich (Seite 59 der Anlage) bittet Frau Abg. Speth (SPD) um Mitteilung bis zur nächsten Sitzung, ob Anträge auf neue Ersatzschulgründungen vorlägen und welche.

Ausschuß für Schule und Weiterbildung
10. Sitzung

22.01.1986
ig-ro

Die Antwort auf die Frage des Abg. Reul (CDU), ob die in § 19 Gemeindefinanzierungsgesetz ausgewiesenen Schulbaumittel ausreichen (siehe Seite 66 der Anlage), beantwortet Ministerialrat Stork (Innenministerium). Von dem im GFG ausgewiesenen Betrag von 184,8 Millionen DM seien 147 Millionen DM durch Verpflichtungen früherer Jahre gebunden, so daß für neue Bewilligungen die restlichen 37,8 Millionen DM plus eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 130 Millionen DM = insgesamt 167 Millionen DM zur Verfügung ständen.

Dem ständen vorliegende und abschließend geprüfte Anträge in Höhe von 70,6 Millionen DM und vorliegende noch nicht abschließend geprüfte Anträge im Werte von 50,5 Millionen DM gegenüber, und nach der Auflistung der Regierungspräsidenten seien für das Jahr 1986 weitere Anträge mit einem Wert von 154,4 Millionen DM zu erwarten, die jedoch bisher weder eingegangen noch geprüft seien.

Als weiteren Bedarf über das Jahr 1986 hinaus hätten die Regierungspräsidenten einen Betrag von 27,9 Millionen DM genannt. Alle vier genannten Kategorien zusammen ergäben also ein Antragsvolumen von 303,4 Millionen DM.

Abg. Dr. Dammeyer (SPD) erhält auf seine Frage, ob man nach dem jetzigen Stand sagen könne, daß die Planung, die die Landesregierung für den Schulbau aufgestellt habe, für die absehbare Zeit einen ausreichenden Betragsrahmen vorsehe, von Leitendem Ministerialrat Held (Innenministerium) die Antwort, das könne man im großen und ganzen - jedenfalls für die nächste Planungszeit - sagen. Die Entwicklung in den Jahren 1987 und 1988 hänge natürlich von den Zuweisungen im GFG und von der Inanspruchnahme durch die Regierungspräsidenten ab. Wenn gesagt werde, daß die Schulbaumittel ausreichen, dann gelte das für 1986.

Abg. Reul (CDU) bittet um eine schriftliche Auflistung der Schulbaumittel und der Anträge, spezifiziert nach Schulformen.

Der Vorsitzende bittet nachdrücklich, diese Aufstellung möglichst schnell vorzulegen, damit sie noch in die Haushaltsberatungen einfließen könne, da er hinsichtlich der Höhe der Schulbaumittel skeptisch sei. - Frau Abg. Philipp (CDU) bittet, in die schriftliche Benachrichtigung auch die in dieser Sitzung genannten Zahlen mit aufzunehmen.

MR Stork (IM) teilt mit, der Kultusminister habe Musterraumprogramme für die Schulen der Sekundarstufe I herausgegeben, die Maßstab für die Förderung seien. Gefördert werde nach den Förder Richtlinien des Innenministers, und diese Förderrichtlinien hätten sich bewährt.

Abg. Dr. Dammeyer (SPD) bezweifelt nachdrücklich, daß sich diese 1983 herausgegebenen Förderrichtlinien bewährt hätten. In diesen Richtlinien werde zwischen Unterrichtsraum und allen anderen Bauteilen unterschieden, und bestimmte Teile seien von der Bezuschussung ausgenommen. In den letzten Jahren hätten aber, da kaum noch neue Schulen gebaut würden, sondern im wesentlichen bauliche Veränderungen notwendig würden, gerade die Bauteile eine besondere Bedeutung erlangt, die nicht primär oder überwiegend Unterrichtsraum seien.

Ein zweiter fragwürdiger Punkt sei, daß in der gegenwärtigen historischen Phase der Umwidmung von Gebäuden die Einrichtung von viel größerer Bedeutung sei als früher, und sie sei aus den Förderrichtlinien von 1983 ausgeklammert.

Der Bedarfsfrage, so wie die Regierungsvertreter sie dargestellt hätten, wolle er nicht widersprechen; aber man müsse dabei berücksichtigen, daß manche Schulträger in Kenntnis der Förderrichtlinien gar keine Anträge stellten und dadurch der falsche Eindruck entstände, es sei kein weiterer Finanzierungsbedarf vorhanden.

Im Übrigen sollte sich die Landesregierung einmal mit der Spannweite der Finanzierungsmöglichkeiten und der Begrenzung der Landeszuschüsse für bestimmte Maßnahmen beschäftigen. Es sei überhaupt nicht einzusehen, daß eine Gemeinde, die ein Gebäude abreiße, um Grünanlagen zu errichten, ihre Aufwendungen im Rahmen der Wohnumfeldverbesserung und der Städtebauförderung voll ersetzt erhalte, während wichtige Maßnahmen der Verbesserung der kulturellen Infrastruktur nur zu bestimmten Anteilen bezuschußt würden. Selbstverständlich halte er Wohnumfeldverbesserung und Städtebauförderung für sinnvoll; aber die Abwägung bitte er zu bedenken.

LMR Held (IM) entgegnet, es sei sicher richtig, daß sich die Schulbaurichtlinien in der Vergangenheit bewährt hätten; es sei aber auch richtig, daß als Folge der veränderten Schullandschaft veränderte Anforderungen im Hinblick auf Umgestaltungen, Umbau und Einrichtung vorlägen.

Die Landesregierung werde in nächster Zeit beim Schulbau auch die Schulentwicklungspläne zu berücksichtigen haben, die die Schulträger jetzt aufzustellen hätten. Insofern müsse die Entwicklung selbstverständlich weiterverfolgt werden. Die Berichte der Regierungspräsidenten würden das notwendige Material dazu liefern. Sobald ein abschließender Überblick möglich sei, werde der Ausschuß selbstverständlich unterrichtet.

Da der Vorsitzende darum bittet, möglichst schnell Bericht zu erstatten, erklärt LMR Held (IM), die Schulentwicklungsplanung sei